



WAHL PRÜFSTEINE 2021 DEUTSCHLAND-ISRAEL

WWW.POLITIKERBEFRAGUNG.DE

Fragenkatalog & Hintergründe

1. Abstimmungsverhalten der Bundesrepublik in der EU und UN

Wie stehen Sie zum Ansatz deutscher Außenpolitik, gegen Israel gerichtete einseitige (auch vermeintlich abgemilderte) Resolutionen in den VN häufig mitzutragen oder sich zu enthalten? Müsste Deutschland nicht häufiger solche Resolutionen klar ablehnen, wie es auch andere EU-Staaten vormachen?

Hintergrund 1

Israel wird in Resolutionen der Vereinten Nationen (VN) häufiger und schärfer verurteilt als alle anderen Nationen der Erde zusammen. Staaten gleich welcher Menschenrechtssituation und auch Nicht-Staaten, wie Palästina, können in den VN Resolutionen gegen Israel in der Generalversammlung oder bestimmten VN-Foren vorbringen. Trotz oft hanebüchener Anklagen und Narrative gegen den einzigen jüdischen Staat gelingt es israelfeindlichen Staaten aufgrund der Mehrheitsverhältnisse in den VN solche Resolutionen durchzubekommen. Häufig mit den Voten westlicher Demokratien. Diese sind in den VN zwar in der Minderheit, haben aber als deren größter Geldgeber viel Einfluss, zudem birgt ihr Votum ein hohes politisches, wie auch moralisches Gewicht.

Auch Deutschland trägt diese Praxis mit. In der letzten Legislatur gab es in den Jahren 2017-2021 insgesamt 113 israelkritische Resolutionen in den Vereinten Nationen. Die Bundesregierung stimmte 74 Mal mit „Ja“, d.h. in 65% der Fälle gegen Israel. 28 Mal enthielt sie sich der Stimme, das entspricht 25% der Fälle. Und nur in 10% der Fälle, nämlich 11 Mal stimmte sie mit einem klaren Nein an der Seite Israels ab. Die deutsche Regierung erklärt ihre Vorgehensweise¹ wie folgt: Man habe gemeinsam mit europäischen Partnern daran mitgewirkt, den Resolutionstext vorab deutlich zu entschärfen, sei aber als konstruktiver Player dann auch verpflichtet, das Endresultat mitzutragen. Dieses Vorgehen werde so auch von der israelischen Regierung befürwortet.²

Dennoch: Der Deutsche Bundestag beschloss in 2018 mit breiter Mehrheit aller Parteien bei Enthaltung der Linken den Antrag „70 Jahre Gründung des Staates Israel – In historischer Verantwortung unsere zukunftsgerichtete Freundschaft festigen“. Darin forderte er die Bundesregierung unter anderem dazu auf, „Israel und legitime Interessen Israels in internationalen Organisationen vor einseitigen Angriffen zu schützen“.³ Bundesaußenminister Heiko Maas selbst sagte anlässlich des 70. Jahrestages der VN-Mitgliedschaft Israels in 2019: „Dennoch wird bis heute Israel in UN-Gremien in unangemessener Form angeprangert, einseitig behandelt und ausgegrenzt. Dieser Zustand ist schmerzlich und unbefriedigend“⁴ Er versprach, man werde sich „mit Überzeugung und Nachdruck gegen jeden Versuch stellen, Israel zu isolieren oder zu delegitimieren.“ Seither gibt es im Abstimmungsverhalten Deutschlands zumindest eine positive Tendenz.

- <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/internationale-organisationen/uno/nahost-resolutionen-vereinten-nationen/2277244>
- Siehe Bundestagsprotokoll vom 21.11.2018 unter <https://dserver.bundestag.de/btp/19/19064.pdf> Die relevante Antwort von Heiko Maas ist auf Seite 62 des Protokolls zu finden
- <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw17-de-israel-551102>
- <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-70-jahre-israel-vereinte-nationen/2217500>

#WPS2021 #Politikerbefragung #DeutschlandIsrael

In Kooperation mit

Initiative 27. Januar e.V.
Schiffbauerdamm 40/5309
10117 Berlin
+49 30 1207 4228
info@politikerbefragung.de

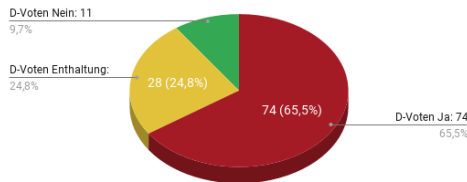




Übersicht deutscher Voten in den VN zu israelfeindlichen Resolutionen (2017-2021)⁵:

Gesamt 2017-2021

Anzahl Israelfeindlicher Resolutionen: 113



Legislaturperiode 2017-2021



2018: Bundestag verabschiedet Änderung des Abstimmungsverhaltens



2019: Heiko Maas übernimmt BT-Position für die Bundesregierung

2017

2018

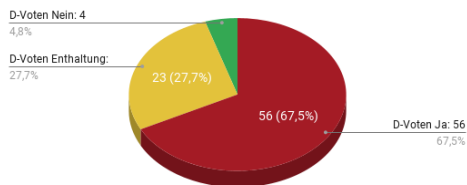
2019

2020

2021

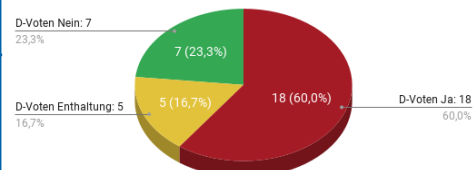
2017-2019

Anzahl Israelfeindlicher Resolutionen: 83



2019-2021

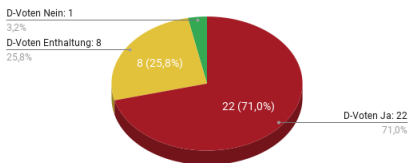
Anzahl Israelfeindlicher Resolutionen: 30



Deutsche Voten zu den VN zu israelfeindlichen Resolutionen pro Jahr:

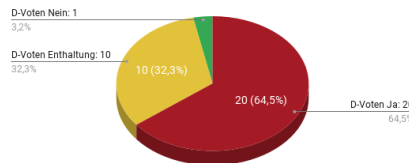
2017

Anzahl Israelfeindlicher Resolutionen: 31



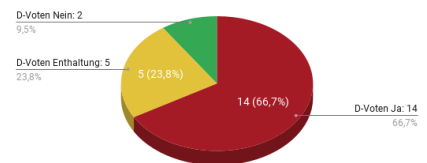
2018

Anzahl Israelfeindlicher Resolutionen: 31



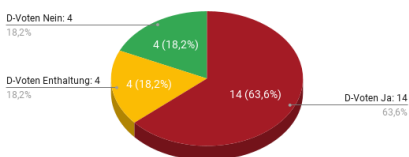
2019

Anzahl Israelfeindlicher Resolutionen: 21



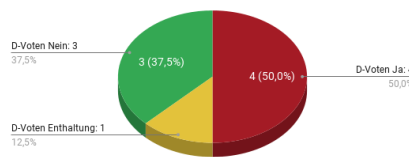
2020

Anzahl Israelfeindlicher Resolutionen: 22



2021

Anzahl Israelfeindlicher Resolutionen: 8



⁵ <https://unwatch.org/database/resolution-database/>

#WPS2021 #Politikerbefragung #DeutschlandIsrael

In Kooperation mit

2. Terrorfinanzierung

Sollte Deutschland seine direkte/indirekte finanzielle Unterstützung für die Palästinensische Autonomiebehörde und UNRWA daran koppeln, dass Terrorismus und Hetze gegen Israel (u.a. in Schulbüchern, durch die Verehrung von „Märtyrern“ und Unterstützung der Familien von Attentätern) unterlassen wird?

Hintergrund 2

Das UN-Hilfswerk für Palästinaflüchtlinge (UNRWA) betreibt in den fünf Gebieten seines Mandats 711 Schulen, an denen 526.646 Kinder (Stand 2019) unterrichtet werden. Hierzu verwendet das UNRWA die Lehrmaterialien des Gastgeberlandes – im Fall des Westjordanlandes und des Gazastreifens die Schulbücher der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA). Auch wenn die Schulbücher als gut erforscht und untersucht gelten, reißen doch die Vorwürfe nicht ab, dass die Schulbücher antisemitisches, anti-israelisches Gedankengut beinhalteten und die UNESCO-Werte von Toleranz und der Erziehung zur friedlichen Koexistenz nicht vermitteln würden.⁶



Lothar Klein
Sächsische
Israelfreunde



„Endlich hat die EU die tendenziös anti-semitischen Schulbücher der PA und der UNRWA als solche benannt. Jetzt müssten scharfe Konsequenzen folgen – unter der Federführung Deutschlands.“

Über Jahre hinweg behauptete das UNRWA Komplementärmaterialien zur Begleitung einiger beanstandeter Passagen zu nutzen und seine Lehrer dazu anzuhalten, diese hinzuzuziehen. Doch entgegen den Beteuerungen der UNRWA hat das so in der Realität nie stattgefunden, wie ein deklassifiziertes Dokument des US-Außenministeriums offenlegte.⁷ „Interne Kontrollmechanismen“ der UNRWA, auf die sich die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage (Drucksache 19/2545) beruft und verlässt, scheinen hier versagt zu haben. Neben den in UNRWA-Schulen genutzten Materialien gibt es einen zweiten großen Faktor, der die Lehr- und Lerninhalte maßgeblich beeinflusst: Die Lehrer. In 2017 brachte ein unabhängiger Report ein erschreckendes Maß von Antisemitismus, Hitler- und Terrorverehrung und Holocaust-Leugnung unter den Lehrkräften an UNRWA-Schulen zu Tage.⁸

Dennoch: Die Höhe der deutschen Zahlungen an das UNRWA in den letzten 14 Jahren haben sich in den Jahren 2005 bis 2017 mehr als verfünzigfach. Allein in 2019 überwies Berlin 152 Millionen Euro dorthin.

Die international renommierte Organisation ImpactSE, die weltweit Schulbücher auf obengenannte Werte überprüft, hatte in den nachfolgenden Jahren und zuletzt in 2021 gemeldet, dass aktuelle Lehrpläne und Schulbücher der PA, die auch von der UNRWA genutzt werden eine neuerliche Radikalisierung erfahren haben.⁹

Das EU-Parlament verabschiedete im April 2021 eine Resolution, in der antisemitische Hetze in Schulbüchern der UNRWA kritisiert und eine Einstellung von europäischen Hilfszahlungen an NGOs mit Verbindungen zu terroristischen Personen oder Organisationen gefordert wird.¹⁰ Der für die Hilfszahlungen auf EU-Ebene zuständige EU-Kommissar Oliver Várhelyi hat auf den Report des EU-Parlaments und einen Brief von 22 einflussreichen Mitgliedern des europäischen Parlaments bereits reagiert und fordert eine Konditionierung von EU-Geldern für das UNRWA bis dessen Schulbücher den UNESCO-Werten entsprechen.^{11 12}

6 http://www.mideastfreedomforum.org/fileadmin/editors_de/Broschueren/MFFB_Bildung_-_Palaestinensische_Schulbuecher_2017.pdf

7 <https://www.un.org/unispal/document/us-government-accountability-office-unrwa-textbook-report/>

8 <https://www.unwatch.org/130-page-report-unrwa-teachers-incite-terrorism-antisemitism/>

9 https://www.impact-se.org/wp-content/uploads/PA-Reports_Updated-Selected-Examples_May-2021.pdf#page=19

10 <https://www.audiatur-online.ch/2021/04/29/eu-parlament-ruegt-unrwa-und-will-finanzierung-von-palaestinensischen-terroristen-und-hetzerischen-schulbuechern-stoppen/>

11 <https://twitter.com/OliverVarhelyi/status/1407039940505001993?s=20>

12 <https://twitter.com/OliverVarhelyi/status/1407040000794017796?s=20>



3. Stellung zum Atomabkommen mit dem Iran

Welche Position sollte Deutschland in Bezug auf die wieder aufgenommenen Verhandlungen zum (inzwischen eindeutig militärischen) Atomprogramm des Iran und angesichts der Bedrohungen durch das iranische Regime und seine regionalen Stellvertreter für den Nahen Osten und konkret für Israel einnehmen?

Hintergrund 3

Das Atomabkommen mit dem Iran, Joint Comprehensive Plan of Action (kurz JCPOA) von 2015 stellte dem Iran für temporäre Beschränkungen und umfangreiche internationale Kontrollen seines Atomprogramms einen schrittweisen Abbau westlicher Sanktionen in Aussicht. Führende internationale Experten, z.B. David Albright oder Olli Heinonen kritisierten von Anfang an im Wesentlichen drei Punkte:

1. Die Auslauffristen (Sunset) des JCPOA. In 2031 werden bei Einhaltung des JCPOA multilaterale Sanktionen abgebaut und die Limitierungen des iranischen Atomprogramms aufgehoben. Das iranische Regime könnte dann alle für ein militärisches Atomprogramm notwendigen Komponenten legal betreiben.

2. Schlupflöcher im Kontrollregime des JCPOA. So sind u.a. sämtliche militärischen Anlagen des Iran außerhalb des Kontrollspektrums der IAEA-Inspektoren.

3. Den eingeschränkten Wirkungsbereich des JCPOA. Weder das iranische Raketenprogramm, noch dessen Zentrifugenforschung werden vom JCPOA erfasst, eingeschränkt oder kontrolliert. Beide sind unerlässlich für den Bau und Einsatz einer Atombombe. Auch die regionale Aggression des Iran über das eigene Militär, Revolutionsgarden oder Stellvertreter-Milizen sind nicht im Spektrum des JCPOA enthalten.

Der israelische Geheimdienst Mossad entwendete in 2018 das Atom-Archiv des Iran aus einer geheimen Fabrikhalle in Teheran. Der damalige israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu veröffentlichte im April desselben Jahres darin enthaltene Schlüsselfakten über das iranische Atomprogramm, die deutlich machten, dass es von Anfang an zum Bau einer Atombombe gedacht war.

Einen Monat nach der israelischen Veröffentlichung zog US-Präsident Donald Trump Konsequenzen und entschied, aus dem JCPOA auszusteigen und eine Kampagne des maximalen Drucks durch Sanktionen gegen das iranische Regime zu starten.

Ab 2019 begann der Iran damit, in Berufung auf den US-Rückzug und das Ausbleiben von Sanktionserleichterungen seine Einhaltung des JCPOA schrittweise zurückzufahren. Im Dezember 2020 und Januar 2021 verfügte das iranische Parlament schließlich die Nutzung modernster Zentrifugen in unterirdischen Anlagen, weitreichende Einschränkungen für Inspektoren, sowie die Anreicherung von Uran auf 20%¹³ und forderte gar Vorbereitungen für die Produktion von Uranmetall.¹⁴ Die beiden letztgenannten Schritte sind ausschließlich für die militärische Nutzung von nuklearem Material vonnöten. Rafael Grossi, Chef der Internationalen Atom-Energiebehörde (IAEA), die über die Einhaltung des Abkommens wacht, nahm in 2021 kein Blatt mehr vor den Mund: Es habe zu viele Verletzungen gegeben, als dass das Abkommen einfach wieder zu seinem Ausgangszustand zurückkehren könnte.¹⁵ Die verbleibenden



**Josias
Terschüren**

Initiative
27. Januar



„Das Atomabkommen mit dem Iran ist eine großangelegte Farce. Ein Akt bewusst blinden Appeasements der westlichen Mächte gegenüber dem diktatorischen iranischen Regime zum Schaden Israels. Denn: Der Wille des Iran zur atomaren Auslöschung Israels ist hinreichend dokumentiert. Damit darf es keine Kompromisse geben! Für Deutschland schon zweimal nicht.“

13 <https://www.niacouncil.org/publications/iranian-parliament-bill-on-nuclear-program-full-text-in-english/>

14 https://www.mena-watch.com/iran-setzt-naechsten-schritt-auf-dem-weg-zur-atombombe/?utm_source=InforuMail&utm_medium=email&utm_campaign=Newsletter+18.01.2021

15 <https://www.reuters.com/article/us-iran-nuclear-iaea-exclusive/exclusive-new-agreement-needed-to-revive-iran-nuclear-deal-under-biden-iaea-chief-says-idUSKBN28R1V9>

JCPOA-Staaten (P4+1) verhandeln dennoch genau darüber mit dem Iran und hoffen auf einen Wiederbeitritt der USA zum JCPOA unter US-Präsident Joe Biden. Zuletzt hatte der ehemalige Chef des deutschen Auslandsgeheimdienstes BND, August Hanning, vor der Wiederbelebung des Atomabkommens mit dem Iran gewarnt.¹⁶

4. Anerkennung von Jerusalem als Hauptstadt Israels

Sollte Deutschland – wie gegenüber allen anderen Staaten weltweit auch – die souveräne Entscheidung Israels, Jerusalem zu seiner Hauptstadt zu machen, anerkennen und seine Botschaft von Tel Aviv nach Jerusalem verlegen?

Hintergrund 4

Es gehört seit jeher zu dem Recht souveräner Staaten, ihre eigene Hauptstadt zu bestimmen. Andere Staaten erkennen diese im Regelfall an. Doch die Ausnahme der Regel ist der einzige jüdische Staat, Israel. Dieser hat bei seiner Gründung im Jahre 1948 Jerusalem zu seiner Hauptstadt erkoren,¹⁷ doch diese Entscheidung wird von den meisten Staaten der Welt nicht akzeptiert. Ein Novum. Und ein Affront.

Jerusalem ist eine zutiefst jüdische Stadt, jüdisches Leben in und Rechte an Jerusalem sind älter, als das Christentum und der Islam selbst überhaupt existieren. Schon während der babylonischen Gefangenschaft im 6. Jahrhundert vor Christus, aber besonders seit der Zerstörung Jerusalems durch die Römer in 135 n. Chr. und der damals ausgelösten Vertreibung der Juden, hielt das jüdische Volk über Jahrtausende hinweg selbst im Exil an seiner tiefen Verbindung zu Jerusalem fest – Jahr für Jahr beendete man das jüdische Pessach-Seder mit dem Ausspruch „Nächstes Jahr in Jerusalem“. Heute betreiben die Vereinten Nationen und auch die EU eine geschichtsrevisionistische Politik gegenüber Jerusalem, die den jüdischen Charakter Jerusalems marginalisiert oder leugnet und gleichzeitig islamische Ansprüche, Narrative und politische Ziele in Bezug auf die Stadt unterstützt.

Der Ostteil der Stadt, der die wesentlichen jüdischen und christlichen Heiligtümer sowie die gesamte Altstadt beheimatet, wurde im Unabhängigkeitskrieg Israels 1948-49 völkerrechtswidrig von Jordanien besetzt. Jüdischen und christlichen Gläubigen wurde der Zugang zu ihren heiligen Stätten verwehrt, viele Synagogen und Jeschivas zerstört oder entweiht. Seit der Wiedervereinigung Jerusalems in 1967 sorgt Israel dafür, dass Juden, Christen und Muslime ihre Religion gleichermaßen friedlich in der Stadt ausüben können. In 1980 erließ die israelische Knesset schließlich das „Jerusalem Gesetz“, das erklärte: „Das vereinigte Jerusalem ist die Hauptstadt Israels.“ Die Vereinten Nationen erklärten dieses Gesetz in Resolution 478 „als null und nichtig“

Heute ist Jerusalem das politische und religiöse Zentrum Israels: Exekutive, Legislative und Judikative haben allesamt ihren Sitz in der Stadt. Zu keinem Zeitpunkt in der Geschichte war Jerusalem Hauptstadt eines anderen Staates als Israels!

Die USA erkannten diese Fakten an: Der US-Kongress in 1995, der US-Senat im Juni 2017 und Donald Trump verlautbarte die offizielle Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt und den damit verbundenen Umzug der US-Botschaft dorthin am 6. Dezember 2017. Trumps damalige Entscheidung stellt keine Vorwegnahme des finalen Status der Stadt dar, sondern eine Anerkennung der Realität, dass Jerusalem de facto Hauptstadt Israels ist. Die Grenzen und den



Christoph Scharnweber
Internationale christliche Botschaft Jerusalem

„Die Verlegung der Deutschen Botschaft nach Jerusalem, der Hauptstadt Israels, sollte eigentlich reine Formsache sein. Es gibt eine Menge historische, juristische, politische und religiöse Argumente dafür. Daneben würde dieser Schritt sowohl Richtung Israel wie auch in die Weltgemeinschaft hinein ein Zeichen setzen dafür, dass Deutschland Israel als Staat wie alle anderen anerkennt und behandelt.“

¹⁶ <https://www.jpost.com/middle-east/ex-german-intel-chief-return-to-jcpoa-a-mistake-675075>
¹⁷ <http://www.mfa.gov.il/mfa/aboutisrael/state/pages/jerusalem%20-%20capital%20of%20israel.aspx>

Status Jerusalems festzulegen, überließ Trump ausdrücklich den Israelis und Palästinensern selbst. Diese Haltung ist völlig konform mit den relevanten internationalen Resolutionen bezüglich des Status Jerusalems: Resolution 242 und sogar mit der von Vielen als israelkritisch bezeichneten UN-Sicherheitsrat-Resolution 2334. Noch deutlicher wird das Bild, wenn man die San Remo-Resolution und das Britische Mandat Palästina des Völkerbundes in die Betrachtung miteinschließt, die laut juristischen Experten auch de jure jüdische Ansprüche an ganz Jerusalem implizierten.¹⁸

5. Antisemitismus-Bekämpfung in Deutschland

Wie kann Deutschland die erzielten Fortschritte in der Antisemitismus-Bekämpfung, insbesondere die Ratifizierung der IHRA-Definition, des BDS-Beschlusses des Bundestages und die Schaffung der Stelle des Antisemitismus-Beauftragten der Bundesregierung, aus Ihrer Sicht sichern und weiter ausbauen?

Hintergrund 5

Der Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus (RIAS) hat für das Jahr 2020 bundesweit 1.909 antisemitische Vorfälle gegen Einzelpersonen und Institutionen, Synagogen und Mahnmale, bei Versammlungen, in den Sozialen Medien etc. dokumentiert.¹⁹ Dabei ist zusätzlich von einer Dunkelziffer nicht gemeldeter Vorfälle auszugehen. Im Jahr 2021 kam es in der Zeit der Provokationen und Raketenangriffe der Hamas gegen Israel und der israelischen Reaktionen zu einer deutlichen Zunahme antisemitischer Vorfälle in Deutschland, beispielsweise mit den unverhohlenen jüdenfeindlichen Parolen bei einer Demonstration, die zur Synagoge in Gelsenkirchen gezogen war.²⁰

Auf Bundes- und Länderebene wurde in den vergangenen Jahren einiges zur Bekämpfung des Antisemitismus unternommen. Der Deutsche Bundestag etwa setzte in 2009 bzw. 2013 zwei unabhängige Expertenkreise zur Bekämpfung des Antisemitismus ein, die jeweils auch Abschlussberichte vorlegten.

In Reaktion auf eine der zentralen Forderungen des Expertenkreises wurde auf Beschluss des Bundestags vom 18. Januar 2018²¹ erstmals das Amt des Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus eingerichtet, das im Bundesinnenministerium angesiedelt ist und seither von Dr. Felix Klein ausgeübt wird.

Zudem wurden in den vergangenen Jahren regional ebenfalls Beauftragte gegen Antisemitismus eingesetzt: durch Landesregierungen, bei Generalstaatsanwaltschaften, bei der Polizei, in Jüdischen Gemeinden und in evangelischen Kirchen.

Im Mai 2019 hat der Deutsche Bundestag einen gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen zur Verurteilung der BDS-Bewegung und deren Boykottaufrufe gegen israelische Waren, Unternehmen, Wissenschaftler, Künstler und Sportler verabschiedet. Dieser zielt darauf ab, dass Organisationen, die gegen die Existenz des Staates Israel sind, und Projekte, die zum Boykott Israels aufrufen oder die BDS-Bewegung unterstützen keine staatliche finanzielle Förderung erhalten oder Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt bekommen sollen. Der



**Hinrich
Kaasmann**

*Ebenezer
Deutschland*



„In einem ersten Schritt müssen die vorhandenen Gesetze konsequent durchgesetzt werden. Gegen Antisemitismus jeder Couleur, egal ob der Juden Hass von rechts, links, dem radikalislamischen Milieu oder von wo auch immer stammt. Zudem sollten alle bereits erzielten Fortschritte gegen Vorstöße zu deren Umkehr verteidigt werden. Zuletzt sollte der Antisemitismus-Beauftragte vom Innenministerium ins Kanzleramt wechseln und auch mit Kapazitäten zur Kontrolle der Israel-Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien ausgestattet werden.“

18 <https://www.wsj.com/articles/america-recognizes-one-jerusalem-1526233843>

19 www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/coronapandemie-antisemitismus-vorfaele-jahresbericht-101.html

20 www1.wdr.de/nachrichten/ruhrgebiet/tatverdaechtige-synagoge-gelsenkirchen-ermittelt-100.html

21 [https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw03-de-antisemitismus-537134](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw03-de-antisemitismus-537134)



Bundestag beschloss: „Länder, Städte und Gemeinden und alle öffentlichen Akteurinnen und Akteure dazu aufzufordern, sich dieser Haltung anzuschließen.“²²

Bereits 2016 hat die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) unter maßgeblicher Beteiligung Deutschlands eine Arbeitsdefinition zum Antisemitismus verabschiedet, die 2017 auch von der Bundesregierung als Grundlage für ein gemeinsames Verständnis von Antisemitismus übernommen wurde.²³ Die Antisemitismus-Definition der IHRA wurde zudem auch von einzelnen Bundesländern sowie u.a. von einigen deutschen Fußballclubs übernommen.

6. Stärkung der Relevanz des Holocaust-Gedenkens

Wie kann Deutschland Ihrer Meinung nach seiner kollektiven Verantwortung aus dem Holocaust gerecht werden und neue Formen des Erinnerns gefunden werden in Zeiten, in denen es immer weniger Überlebende gibt und das Gedenken zunehmend ritualisiert, relativiert oder gar diskreditiert wird?

Hintergrund 6

76 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs gibt es nur noch wenige Überlebende des Holocaust, die in Schulen und Gedenkstätten, bei Veranstaltungen und in Dokumentationen berichten können. In den vergangenen Jahren wurde seitens der Politik, Institutionen und zivilgesellschaftlicher Akteure viel erreicht, um das Zeugnis und Vermächtnis der letzten Zeitzeugen der Shoa zu würdigen und zu bewahren sowie auch an die junge Generation weiterzugeben. Allerdings zeigt sich immer wieder, dass Relativierungen und Leugnungen des Holocaust weiterhin bzw. neu Verbreitung finden und dass das Wissen über den Holocaust nicht immer ausreichend vorhanden ist.

Gedenkstätten und Gedenkveranstaltungen, die Bildungsarbeit in den Schulen sowie regionale und bundesweite Projekte und Aktionen bieten viele Möglichkeiten für das Erinnern an den Holocaust und für die Bewusstmachung der damit verbundenen kollektiven Verantwortung. Ebenso sind der 27. Januar (Jahrestag der Befreiung des KZ Auschwitz), der seit 1996 in Deutschland als offizieller Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus sowie seit 2005 als internationaler Holocaust-Gedenktag begangen wird, und der Yom HaShoa, der in Israel und in der jüdischen Gemeinschaft weltweit am 27. Nisan des jüdischen Kalenders der zentrale Gedenktag ist, Anlass für diverse Formen des Erinnerns.

Anlässlich der Gedenkstunde im Deutschen Bundestag am 27. Januar 2021 mahnte Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble: „Als Roman Herzog vor 25 Jahren den 27. Januar zum Gedenktag erklärte, verband er damit „die Hoffnung, (...) Formen des Erinnerns (zu) finden, die zuverlässig in die Zukunft wirken.“ Was für Herzog eine Hoffnung war, ist heute dringende Notwendigkeit. Wir müssen die Formen des Erinnerns erneuern. Unsere kollektive Verantwortung bleibt. Sie schließt auch nachfolgende Generationen ein. Und Deutsche, deren Familien erst nach dem Nationalsozialismus nach Deutschland gekommen sind. Machen wir uns bewusst: Das Selbstverständnis unseres Landes steht auf dem Spiel!“²⁴

²² www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2019/kw20-de-bds-642892

²³ Die Arbeitsdefinition lautet: „Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen.“ Die Bundesregierung hat außerdem folgende Erweiterung verabschiedet: „Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“ www.antisemitismusbeauftragter.de/Webs/BAS/DE/bekaempfung-antisemitismus/ihra-definition/ihra-definition-node.html

²⁴ <https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/reden/2021/20210127-818708>

Damit das Gedenken an den Holocaust auch für zukünftige Generationen eine lebendige, persönlich anrührende und keine ritualisierte Erfahrung werden kann, bedarf es immer wieder neuer Impulse für die persönliche Auseinandersetzung mit dem Thema – und auch neuer Formen für die Zeit, in der keine persönlichen Begegnungen mit Zeitzeugen mehr möglich sein werden.

7. 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland

Was kann aus Ihrer Sicht zur Förderung des seit 1.700 Jahren bestehenden jüdischen Lebens in Deutschland sowie dem Ausbau der deutsch-israelischen Beziehungen – auch regional und lokal – getan werden?

Hintergrund 7

Im Jahr 2021 wird mit Unterstützung durch Bundesmittel das Jubiläumsjahr 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland begangen, mit Bezug auf die früheste bekannte Erwähnung von Juden im Gebiet der heutigen Bundesrepublik im Jahr 321 in Köln.²⁵

Bundestagspräsident Dr. Wolfgang Schäuble fand treffende Worte für diesen historischen Anlass: „In diesem Jubiläumsjahr machen wir uns bewusst, wie vielfältig 1.700 Jahre jüdischen Lebens in Deutschland sind. Hier forschten und dichteten sie, arbeiteten im Handel und im Handwerk, Kunst und Musik, als Anwälte oder Ärzte. Für Deutschland kämpften sie im Krieg. Juden wirkten an Fürstenhöfen und sie mussten in Gettos wohnen. Sie lebten ihren Glauben orthodox oder liberal, für alle sichtbar oder versteckt. Im 19. Jahrhundert bekannten sich einige deutsche Juden zum Zionismus. Weitaus mehr identifizierten sich mit Deutschland.

Die deutsch-jüdische Geschichte ist eine Geschichte der Widersprüche.

Sie erzählt vom alltäglichen Miteinander und von Spannungen mit der nicht-jüdischen Umgebung. Sie kennt Phasen der Toleranz und Zeiten der Ausgrenzung, Wellen der Verfolgung genauso wie Erfolge in Kunst und Kultur, in Wissenschaft und Wirtschaft.

Und sie kennt ein Menschheitsverbrechen:

Den Versuch, die jüdische Geschichte nicht nur aus der deutschen, sondern aus der Weltgeschichte zu tilgen.“²⁶

Nach 1945 gab es nur wenige jüdische Überlebende der Shoa, die in Deutschland blieben bzw. nach Deutschland kamen oder zurückkehrten.

Durch die Zuwanderung aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion in den 1990er Jahren und auch durch Israelis, die in Deutschland leben, wuchs die jüdische Gemeinschaft in den vergangenen Jahrzehnten verstärkt an. Heute gibt es über 100 jüdische Gemeinden mit etwa 100.000 Mitgliedern. Im Bewusstsein der historischen Verantwortung Deutschlands unterstützt die Bundesregierung jüdisches Leben in Deutschland in unterschiedlichen Bereichen auch finanziell.²⁷ Dass das Leben von Jüdinnen und Juden in Deutschland nach wie vor bedroht ist, zeigte in besonders erschreckender Weise der Angriff auf die Synagoge in Halle im Jahr 2019, der auch einmal mehr die Relevanz der

²⁵ Website zum Jubiläumsjahr: <https://2021jlid.de/>

²⁶ <https://www.bundestag.de/parlament/praesidium/reden/2021/20210127-818708>

²⁷ <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/staat-und-religion/juedische-gemeinschaft/juedische-gemeinschaft-node.html>

Sicherheitsmaßnahmen – sowohl der bestehenden, als auch der noch erforderlichen – für jüdische Einrichtungen deutlich machte. Auch andernorts gab es Anschläge auf Synagogen etwa in Wuppertal (2014), Berlin (2019) oder Ulm (2021).

Auf Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen gibt es vielfältige Initiativen und Projekte von Politik und Zivilgesellschaft, um das Kennenlernen und die Begegnung von Juden und Nichtjuden in Deutschland zu fördern. Dies findet in unterschiedlichen Bereichen statt wie Kultur, Sport, Bildungsarbeit, interreligiöser Dialog u.a. Ein wichtiger Aspekt sind hierbei auch die Beziehungen zwischen Deutschland und dem jüdischen Staat. Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Staat Israel im Jahr 1965 sind bis heute rund 100 bilaterale Städtepartnerschaften entstanden. Zudem gibt es eine Vielzahl von Austauschprogrammen und Organisationen, die sich für die deutsch-israelische Freundschaft engagieren.

8. Israel-Bild junger Menschen in Deutschland

Was kann aus Ihrer Sicht zur Verbesserung des Israel-Bildes junger Menschen in Deutschland getan werden, z.B. durch eine umfangreichere Finanzierung eines breit gefächerten deutsch-israelischen Jugendaustausches mit bestehenden sowie neuen Projekten?

Hintergrund 8

Das Israel-Bild junger Menschen in Deutschland wird stark durch die oftmals verkürzten Darstellungen zum Nahost-Konflikt sowie dessen geschichtlichen Hintergrundes im Schulunterricht und in den Medien – insbesondere auch in den sozialen Medien – beeinflusst, wo Israel meist einseitig und unfair als Aggressor dargestellt wird. Eine Studie der Bertelsmann-Stiftung kam 2015 zu dem Ergebnis, dass mehr als die Hälfte der jungen Erwachsenen in Deutschland ein negatives Bild von Israel habe.²⁸

Wiederum zeigt es sich, dass Aufenthalte in Israel und persönliche Begegnungen das Bild von Land und Gesellschaft oft ändern hin zu einer differenzierteren und positiven Wahrnehmung. Austauschprogramme von Schulen und Kommunen, Freiwilligendienste und Reiseangebote sind daher von großer Bedeutung. Politisch wird bereits viel zur Förderung des Jugendaustausches getan – ein neuer weiterer Ansatz ist dabei auch die Schaffung eines Deutsch-Israelischen Jugendwerks.



**Luca-Elias
Hezel**

Christen an der
Seite Israels



„Der deutsch-israelische Schüler- und Städteaus-tausch hat durch Corona sehr gelitten. Diese Delle gilt es jetzt mit vereinten Kräften zu überwinden. Warum nicht durch die überfällige Gründung eines deutsch-israelischen Ju-gendwerkes? Diese Heraus-forderung ist auch Chance zugleich, neue, zeitgemäße und zukunftsgerichtete For-mate und Institutionen zu entwickeln. Diese Chance sollten wir nutzen!“

Aktivisten an der Basis: Der Fragenkatalog soll als Tool die Grundlage der Kommunikation und Interaktion mit den Kandidaten bilden. Zusätzlich können Fragen zum persönlichen / lokalen Bezug gestellt werden. Diese haben einen besonderen Informationswert und waren bei früheren Wahlprüfsteinen bei manchen Politikerantworten der einzige individuelle Teil bei ansonsten vorgegebenen Antworten seitens der Parteien.

²⁸ „48 Prozent der Deutschen teilen eine schlechte Meinung über das Land im Nahen Osten. Bei den Jüngeren zwischen 18 bis 29 Jahren sind es sogar 54 Prozent, wie die Untersuchung der Stiftung des Bertelsmann-Konzerns in Gütersloh ergab.“ <https://www.dw.com/de/studie-deutsche-sehen-israel-kritischer/a-18215688>